

Kein Stellvertreterkrieg im Jemen

Die Unterschätzung lokaler Dynamiken fördert die Internationalisierung des Konflikts

Mareike Transfeld

Seit Donald Trump sein Amt als US-Präsident angetreten hat, scheint ein Ende des Jemen-Konflikts in weite Ferne gerückt. Der damalige US-Außenminister Kerry hatte in den letzten Monaten seiner Amtszeit versucht, eine diplomatische Lösung zu finden. Dabei hatte er auf direkte Gespräche zwischen den Hauptkonfliktparteien gesetzt, den jemenitischen Huthis und Saudi-Arabien. Nun aber stellt sich das Weiße Haus wieder vorbehaltlos hinter das Königreich. Die neue US-Administration sieht in den Huthis fälschlich nur einen Stellvertreter Irans, dessen Einfluss in der Region zurückgedrängt werden soll. Washingtons Unterstützung für die saudische Militärallianz droht indes nicht nur die katastrophale humanitäre Lage weiter zu verschlimmern. Die USA schaden damit auch ihren eigenen Anti-Terror-Operationen gegen al-Qaida, die sie seit 2002 im Jemen betreiben. Deutschland und die EU sollten vor diesem Hintergrund zu einer eigenständigen Position finden und zwischen den Konfliktparteien vermitteln.

Seit Frühjahr 2015 wird der Jemen von einer Militärallianz aus arabischen und afrikanischen Staaten bombardiert, die von Saudi-Arabien angeführt und den USA unterstützt wird. In mehreren Landesteilen wird auch am Boden gekämpft. Mit ihrer Militärintervention vom März 2015 reagierte die Allianz auf die Machtübernahme durch die politisch-religiöse Bewegung Ansar Allah, die meist nach dem Namen ihrer Gründerfamilie al-Huthi bezeichnet wird. Die in den 1990er Jahren im Nordjemen entstandene Huthi-Bewegung hatte sich seit 2012 außerhalb ihrer Heimatregion an der nördlichen Grenze zu Saudi-Arabien gewaltsam ausgebreitet und im September 2014 die Hauptstadt Sanaa eingenommen. Profitiert

hatte sie von einem Machtvakuum. Im November 2011 war der langjährige jemenitische Präsident Ali Abdullah Salih nach Massenprotesten zurückgetreten. Sein Nachfolger, der vormalige Vizepräsident Abd Rabbuh Mansur Hadi, wurde zwar als Übergangspräsident per Volksentscheid bestätigt, verfügte aber kaum über politischen Rückhalt und musste Anfang 2015 die Hauptstadt verlassen.

Saudi-Arabien und seine Verbündeten wollen die Huthis aus der Hauptstadt verdrängen und Hadi wieder als Präsidenten einsetzen. Beides ist bisher nicht gelungen und die humanitäre Lage verschlechtert sich zusehends. Krankenhäuser, Schulen, Fabriken, Marktplätze und Agrarflächen

wurden zerstört. Mindestens 10 000 Zivilisten wurden allein durch die Luftschläge getötet, 80% der Bevölkerung sind mittlerweile auf internationale Hilfe angewiesen.

Frontlinien und Kräfteverhältnisse

Seit Beginn des Krieges hat sich der Frontverlauf nur sehr langsam verändert. Die saudische Koalition konnte die Huthis mit Luftangriffen nicht aus der Hauptstadt Sanaa vertreiben. Zudem kontrollieren sie nach wie vor den Nordwesten des Landes. Allerdings haben die Huthis weite Teile des Südjemen verloren. Hauptgrund dafür war das militärische Engagement der Vereinigten Arabischen Emirate (VAE), des engsten Verbündeten der Saudis, der auch Bodentruppen ins Kriegsgebiet entsandt hat. Doch Machtkämpfe unter den Huthi-Gegnern erschweren hier die Konsolidierung des Machtbereichs.

Die größte Schwierigkeit für die Militärkoalition liegt darin, dass der Hadi-Regierung die Kontrolle über den staatlichen Sicherheitsapparat entglitten ist. Das Bündnis der Huthi-Gegner ist nur lose. Beteiligt sind lokale Widerstandsgruppen, Stämme, islamistische Milizen, Militäreinheiten unter Befehl der Hadi-Regierung, Bodentruppen der Koalition, Soldaten aus den VAE und von den Golfstaaten finanzierte Söldner. Auch weil das Lager ihrer Kontrahenten so zersplittert ist, konnten die Huthis ihre Position in und um die Hauptstadt trotz der Luftangriffe weitestgehend verteidigen.

Als Grund für die Stärke der Huthis vermuten die saudische Führung und die US-Administration die Unterstützung durch Iran. Mit der Militärintervention soll der wachsende Einfluss der Iraner im südlichen Nachbarland Saudi-Arabiens eingedämmt werden. Keineswegs sind die Huthis aber bloß ein Stellvertreter Irans, denn sie sind in lokale Strukturen und Konfliktstrukturen eingebunden. Zwar unterstützt Teheran die Huthis, kann aber ihr Verhalten kaum beeinflussen.

Die Huthis: kein Statthalter Irans

Mit dem Verweis auf einen gemeinsamen schiitischen Hintergrund suggerieren internationale Medien, es gäbe eine konfessionelle Bindung zwischen der Huthi-Bewegung und dem schiitischen Regime in Teheran. Doch die Huthis folgen nicht der iranischen Zwölfer-Schia, sondern der sogenannten Zaidiyya, der etwa 40% der jemenitischen Bevölkerung angehören. Tatsächlich haben sie mit der mehrheitlich sunnitischen Bevölkerung im Jemen mehr gemeinsam als mit Schiiten. Aber die Huthis sind vor allem auch eine politische Bewegung, die aus dem Wunsch nach politischer und wirtschaftlicher Partizipation entstand. Sie verfügen über eine militärische Kommandostruktur sowie eine politische Organisation. An der Spitze steht heute Abdulmalik al-Huthi.

Spätestens 2011 hat Iran begonnen, Beziehungen zu den Huthis aufzubauen. In iranischen Medien werden sie als unterdrückte Minderheit dargestellt, die es gemäß der sozialrevolutionären Ideologie der Islamischen Republik zu unterstützen gelte. Offenbar unter iranischer Anleitung erhielten Hunderte Huthi-Kämpfer eine militärische Ausbildung. Der Huthi-Satellitensender al-Masira TV wird von Beirut aus mit Unterstützung der Hisbollah betrieben, die mit Iran verbündet ist. Den Großteil ihrer Kampferfahrung dürften die Huthis jedoch in dem Krieg gesammelt haben, den sie von 2004 bis 2010 gegen die Regierung des damaligen Staatspräsidenten Salih führten. Überzogen ist zudem der Vorwurf, Iran bewaffne die Huthis. Es gibt zwar Berichte über Waffenfunde auf der Schiffsroute Iran-Jemen-Somalia. Dabei handelt es sich aber nur um kleine Mengen und es ist nicht einmal sicher, dass solche Waffen für die Huthis bestimmt sind. Auf dieser Route dürften ohnehin nur wenig Waffen den Jemen erreichen, denn im Zuge der saudischen Intervention wurde eine Seeblockade errichtet, die selbst die Einfuhr von Lebensmitteln und Medikamenten erschwert. Die Waffen, welche die Huthis bei ihrer Machtübernahme in Sanaa 2014 verwendeten,

waren mit großer Wahrscheinlichkeit alte Bestände.

Begünstigt wurde die gewaltsame Übernahme der jemenitischen Hauptstadt vor allem durch lokale Faktoren. Weil der politische Übergangsprozess scheiterte, verlor die Hadi-Regierung an Legitimität. Sie hatte es versäumt, Reformen einzuleiten, welche die Lebensbedingungen der Bevölkerung verbessert hätten. Überdies war die Regierung in Korruption verstrickt. Die Huthis wussten dies für sich zu nutzen. Im August 2014 begannen sie erfolgreich, die Bevölkerung gegen die Regierung zu mobilisieren.

Schärfster Widersacher der Huthis war zu diesem Zeitpunkt die Islah-Partei, die teils aus der jemenitischen Muslimbruderschaft, teils aus bewaffneten Stämmen besteht. Weil sie an der als korrupt geltenden Übergangsregierung beteiligt war, hatte Islah stark an Ansehen eingebüßt. Ebenso folgenschwer für sie war indes ein Politikwechsel in Saudi-Arabien. Bis 2013 hatte das Königreich die Partei großzügig mit Geld unterstützt. Den Aufstieg der Muslimbruderschaft nach 2011 in der Region betrachtete das saudische Herrscherhaus allerdings immer mehr als Bedrohung, so dass es die Zuwendungen an die Islah-Partei einstellte. Daher fehlten ihr die finanziellen Mittel, um die Stämme im Gebiet zwischen Saada im Norden und der Hauptstadt Sanaa gegen die Huthis zu mobilisieren. Viele der Islah-Stämme schlossen sich daraufhin den Huthis an oder blieben in dem Konflikt neutral.

Der Feind meines Feindes ...

Möglich wurde der militärische wie politische Erfolg der Huthis aber vor allem durch ihre Allianz mit dem ehemaligen Staatschef Salih. Er war seit 1978 Präsident des Nordjemen und seit der Wiedervereinigung 1990 des gesamten Landes. Auch nach seinem erzwungenen Rücktritt 2011 infolge von Massenprotesten blieb er aufgrund seiner persönlichen Beziehungen einer der einflussreichsten Akteure im darauffolgenden Machtpoker. Obgleich

während seiner Präsidentschaft erklärter Feind der Huthis, ebnete er ihnen den Weg in die Hauptstadt. Damit wollte Salih die Übergangsregierung unter Führung Hadis schwächen und sich und seine Familie wieder politisch stärken. Salih nutzte seinen verbliebenen Einfluss auf einige Stammesführer und verbündete Militärs und wies sie an, nicht gegen die Huthis zu kämpfen. So konnten diese binnen zweier Tage Sanaa einnehmen.

Die saudische Intervention brachte Salih und die Huthis enger zusammen. Einheiten des Militärs, die bis heute Salih gegenüber loyal geblieben sind, kämpfen nun Seite an Seite mit den Huthis und ermöglichten ihnen den Zugriff auf das staatliche Waffenarsenal, das auch Waffen aus US-amerikanischen Beständen enthielt.

Salih setzt alles daran, die politische Ordnung der Zeit vor den Umbrüchen von 2011 wiederherzustellen. Folglich scheint ihm – mehr noch als den Huthis – viel daran zu liegen, den Süden unter seine Kontrolle zu bringen, wo sich ein Großteil des jemenitischen Erdöls befindet. Dabei schreckt die Huthi-Salih-Allianz vor Menschenrechtsverletzungen nicht zurück.

Ihr gewaltsames Vorgehen im Süden versucht die Allianz damit zu rechtfertigen, dass sie dort dem »Terrorismus« entgegen-trete. Tatsächlich aber stößt sie auf lokalen Widerstand in den südlichen Landesteilen. Eine Unabhängigkeitsbewegung fordert dort seit 2009 einen eigenständigen Staat. In ihrer Auseinandersetzung mit der militärischen Übermacht der schiitischen Zaiditen aus dem Norden ließen sich Stämme und Gruppen im Süden auch von erfahrenen Kämpfern der extremistisch-sunnitischen al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel (AQAP) unterstützen.

Für Saudi-Arabien hat die Bekämpfung sunnitischer Extremisten im südlichen Jemen keine Priorität. Seit Beginn der Intervention haben sich sogar lokale Bündnisse zwischen AQAP und Hadi-treuen Milizen gebildet. Insgesamt profitiert AQAP damit von der saudischen Militärintervention.

Washington wiederum unterstützt einerseits massiv die saudisch geführte Militärkoalition, der regelmäßig Kriegsverbrechen vorgeworfen werden. Andererseits versucht es seit 2002, mit Drohnenangriffen und Spezialeinheiten zu verhindern, dass AQAP sich weiter ausbreitet. Wie widersprüchlich die US-Politik ist, wurde klar, als im Mai 2016 drei Hadi-Anhänger als al-Qaida-Unterstützer auf die Terrorliste des US-Finanzministeriums gesetzt wurden.

Dringender Vermittlungsbedarf

Der einzige Weg, den Jemen zu stabilisieren, ist eine politische Lösung zwischen den Konfliktparteien. Andernfalls droht eine weitere Eskalation die ohnehin bereits katastrophale humanitäre Lage zu verschärfen. Wegen steigender Flüchtlingszahlen würde sich der Druck auf die Nachbarstaaten erhöhen, insbesondere auf Dschibuti und Somalia. Auch wüchse die Gefahr, dass islamistischer Terrorismus aus dieser Region exportiert wird.

Der UN-Sondergesandte für den Jemen, Ismail Ould Cheikh, bemüht sich seit April 2015 um eine politische Lösung. Friedensgespräche zwischen der Hadi-Regierung und der Huthi-Salih-Allianz, unterstützt von der UN, haben 2015 in Genf und zuletzt im Frühjahr 2016 in Kuwait stattgefunden. Im Mittelpunkt der Unterredungen stand die UN-Resolution 2216 vom April 2015, die eine Entwaffnung der Huthis sowie deren Rückzug aus Regierungsinstitutionen und der Hauptstadt vorsieht. Strittigster Punkt ist bis heute der Abzug der Huthis aus Sanaa. Mehr als einen Gefangenenaustausch brachten diese Gespräche am Ende nicht ein. Direkte Verhandlungen zwischen Saudi-Arabien und den Huthis, vermittelt vom damaligen US-Außenminister Kerry, hatten eine kurze Waffenruhe im November 2016 zur Folge. Doch mit einer konstruktiven Rolle der USA auf diplomatischer Ebene ist nun kaum mehr zu rechnen.

Die gegenwärtige Jemen-Politik der USA unterschätzt die lokalen Konfliktdynamiken. So hat die Trump-Administration die

Verantwortung für den Angriff der Huthi-Salih-Allianz auf ein saudisches Kriegsschiff vom 30. Januar 2017 fälschlich dem Iran zugeschoben. Um die saudischen Militärschläge zu unterstützen, bereitet Washington derzeit weitere Waffenexporte nach Saudi-Arabien im Wert von 300 Millionen US-Dollar vor. Setzen die USA diese Politik fort, werden sie die Huthis weiter in die Arme Irans treiben und damit eine diplomatische Lösung des Konflikts erschweren.

Die Staaten der EU sollten der US-Administration energisch klarzumachen versuchen, dass die saudische Intervention westlichen Sicherheitsinteressen zuwiderläuft und eine Stabilisierung der Region verhindert. Vor allem aber sollten Deutschland und die Niederlande eine führende Rolle als Vermittler übernehmen. Deutschland unterstützt »Track Two«-Gespräche und trägt so schon zur politischen Lösung des Konflikts bei. Die Niederlande engagieren sich besonders bei der Aufklärung von Menschenrechtsverbrechen im Jemen.

In einem neuen Gesprächsformat sollte Deutschland mit niederländischer Unterstützung und zusammen mit dem UN-Sondergesandten die Konfliktparteien an einen Tisch bringen, und zwar die Huthis, die Anhänger Salihs, die Hadi-Regierung sowie Vertreter der saudischen Koalition. Das kann aber nur gelingen, wenn die Europäer nicht einseitig den Huthis die Schuld an der bisherigen Entwicklung geben und wenn sie den Konflikt unabhängig von der Frage nach dem Umgang mit Iran sehen.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2017
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt die Auffassung der Autorin wieder

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364